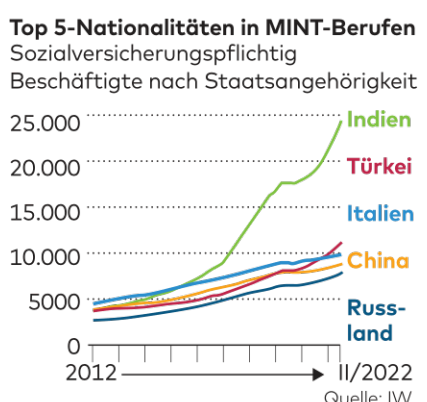


Mehr Ausländer in Berufen des MINT-Bereichs

Studie: Vor allem Inder sind für den deutschen Arbeitsmarkt wichtig

Die Zahl ausländischer Beschäftigter in den sogenannten MINT-Berufen ist in den vergangenen Jahren deutlich schneller gestiegen als jene der Mitarbeiter mit deutscher Nationalität. Zwischen dem vierten Quartal 2012 und dem zweiten Quartal 2022 wuchs die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in diesen Jobs der Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik unter Deutschen um 35,6 Prozent. Bei den Arbeitnehmern ohne deutschen Pass hingegen betrug das Wachstum 171,7 Prozent. Das zeigt eine Erhebung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die WELT AM SONNTAG exklusiv vorliegt.

„In den MINT-Berufen funktioniert die Zuwanderung von Hochqualifizierten auch aus Drittstaaten besonders gut, da naturwissenschaftliche Gesetze oder Programmiersprachen weltweit gelten und im Ausland erworbene Kompetenzen sehr gut in Deutschland eingesetzt werden können“, sagt die Studienautorin Christina Anger. Unter den ausländischen Beschäftigten in diesem Bereich liegen Inder (plus 558 Prozent), Türken (plus 196 Prozent), Italiener (plus 125 Prozent) und Chinesen (plus 122 Prozent) an der Spitze. Im zweiten Quartal 2022 gehörten Russen erstmals zu den Topfünf-Nationalitäten mit einem Zuwachs von 196 Prozent seit Ende 2012. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten rund 3700 Inder in akademischen MINT-Berufen in Deutschland, heute sind es 25.000. Diese Zuwächse können sich langfristig auswirken, meint Volkswirtin Anger. „Denn es entstehen durch Zuwanderung Netzwerke in die Herkunftsländer hinein.“ Fehlten in einem Betrieb Fachkräfte, so könnten eventuell Bewerber aus dem Bekanntenkreis des Beschäftigten aus Indien gewonnen werden.



Insgesamt ist die Beschäftigung von Ausländern aus Drittstaaten in diesen Jobs in dem untersuchten Zeitraum um 267,7 Prozent auf rund 11.400 gestiegen. Die Zahl der EU-Ausländer hingegen ging um 86,1 Prozent auf 72.600 Arbeitnehmer nach oben. Bereits in den vergangenen Jahren habe diese Art der Migration einen großen Beitrag zu Innovationskraft und Wohlstand geleistet, heißt es in der Erhebung. So hat sich den Angaben zufolge der Anteil der Personen mit ausländischen Wurzeln bei den Patentanmeldungen von 6,4 Prozent im Jahr 2010 auf 10,9 Prozent im Jahr 2019 erhöht.

Mehr Fachkräfte kann Deutschland dringend gebrauchen – besonders in der IT. „Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel führen in den kommenden Jahren zu einem stark wachsenden Bedarf“, schreibt das IW. Allein im öffentlichen Dienst werden 2030 rund 140.000 IT-Fachkräfte fehlen, wie die Unternehmensberatung McKinsey berechnet hat. Und schon heute mangelt es laut Branchenverband Bitkom in der IT insgesamt an 137.000 Beschäftigten. Vor einer „dramatischen Verschärfung“ warnt Verbandspräsident Achim Berg. „Der demografische Wandel führt dazu, dass signifikant weniger junge Menschen mit IT-Qualifikationen auf den Arbeitsmarkt kommen, und zugleich scheiden mehr Ältere aus.“ Anger spricht von einem „zunehmenden Bedarf an MINT-Kräften bei sinkenden Absolventenzahlen“. Begannen 2016 noch 198.000 Erstsemester ein MINT-Studium, fiel der Wert im Jahr 2021 auf 172.000.

JAN KLAUTH

Es ist 10.43 Uhr. Jens Krieg schaut genervt auf die Wanduhr in seinem braun gefliesten Büro. Vor exakt 43 Minuten hätte das erste Vorstellungsgespräch der Woche beginnen sollen. Doch von dem Bewerber, einem 23 Jahre alten Flüchtling aus Guinea, fehlt jede Spur. „Eigentlich ein No-go“, sagt Krieg, der einen Cateringservice auf dem Berliner Großmarkt betreibt und dringend Personal braucht. „Vor einigen Jahren hätte ich jemanden, der eine Dreiviertelstunde zu spät kommt, direkt aussortiert.“

Doch die Zeiten haben sich geändert. In Deutschland fehlen heute nicht mehr nur Fachkräfte, sondern auch Hunderttausende Hilfsarbeiter. Fast zwei Millionen Stellen sind unbesetzt, 100 Milliarden Euro an verlorener Wirtschaftsleistung kostet der Personalmangel nach Berechnungen des DIHK allein in diesem Jahr. Weil offene Positionen zunehmend schwierig zu besetzen sind, hat sich der Arbeitsmarkt zu einem Bewerbermarkt gewandelt – und Unternehmer müssen ihre Ansprüche herunterschrauben, um überhaupt noch Personal zu finden.

Geschäftsführer Krieg, dunkelblondes, kurzes Haar und Dreitagebart, krepelt die Ärmel seines Wollpullovers hoch und blickt nach draußen: vom Bewerber noch immer nichts zu sehen. Stattdessen kreuzen dort Lkw, unter deren Motorengeräusch sich Wortfetzen auf Polnisch, Türkisch und Arabisch mischen. Das Industriegebiet liegt nur wenige Kilometer Luftlinie von der Stadtmitte entfernt. Doch gefühlt ist die Hauptstadt mit ihrer Start-up-Szene und ihren veganen Cafés hier sehr weit weg. Entlang dem bräunlich schimmernden Westhafenkanal reißen sich in großen Hallen Floristen und Gemüsehändler, Fleischer und Logistiker aneinander. Mehr als 2500 Menschen arbeiten dort bei knapp 300 Klein- und Mittelstandsbetrieben.

„Hier entstehen die Ketten, die die Stadt am Leben halten – aber die reißen immer weiter auf, wenn niemand mehr in den Anpackerjobs arbeiten will“, sagt Krieg. Bei seinem Cateringservice CSV beschäftigt er knapp 80 Mitarbeiter, die 2000 Mahlzeiten pro Tag auf Tellern anrichten, sie in die Kliniken der Stadt fahren und das Geschirr nach der Benutzung und Abholung wieder abspülen. Qualifikationen braucht es hierfür kaum, doch der Job ist nichts für Empfindliche. Die Frühschicht beginnt um 5,30 Uhr, gearbeitet wird in Schutzmontur in der auf sieben Grad gekühlten Werkhalle, bezahlt wird Mindestlohn. Es ist ein Arbeitsplatz bei einem Mittelständler, wie es ihn in einer Dienstleistungsgesellschaft hunderttausendfach gibt – und den immer weniger Menschen machen wollen.

LIEBER AUFTRÄGE ABLEHNEN
„Auch wenn es schwerfällt: Unternehmen müssen sich von ihren gewohnten Rekrutierungsverfahren verabschieden“, sagt Thomas Liebig, Leiter der Abteilung internationale Migration bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). „Manche fahren lieber ihre Produktion herunter und lehnen Aufträge ab, anstatt Kandidaten zu nehmen, deren Profile sie nicht kennen – das ist gefährlich für den Standort Deutschland.“ Zwar hält es Liebig für richtig, dass die Ampel-Regierung auch „inländische Potenziale heben“ will, um für mehr Arbeitskräfte zu sorgen. Im Klartext heißt das: höhere Erwerbsquoten unter Müttern, Ältere länger in Arbeit halten und die Zahl der Langzeitarbeitslosen reduzieren. Doch in keinem dieser Punkte deutet sich eine Trendwende an.

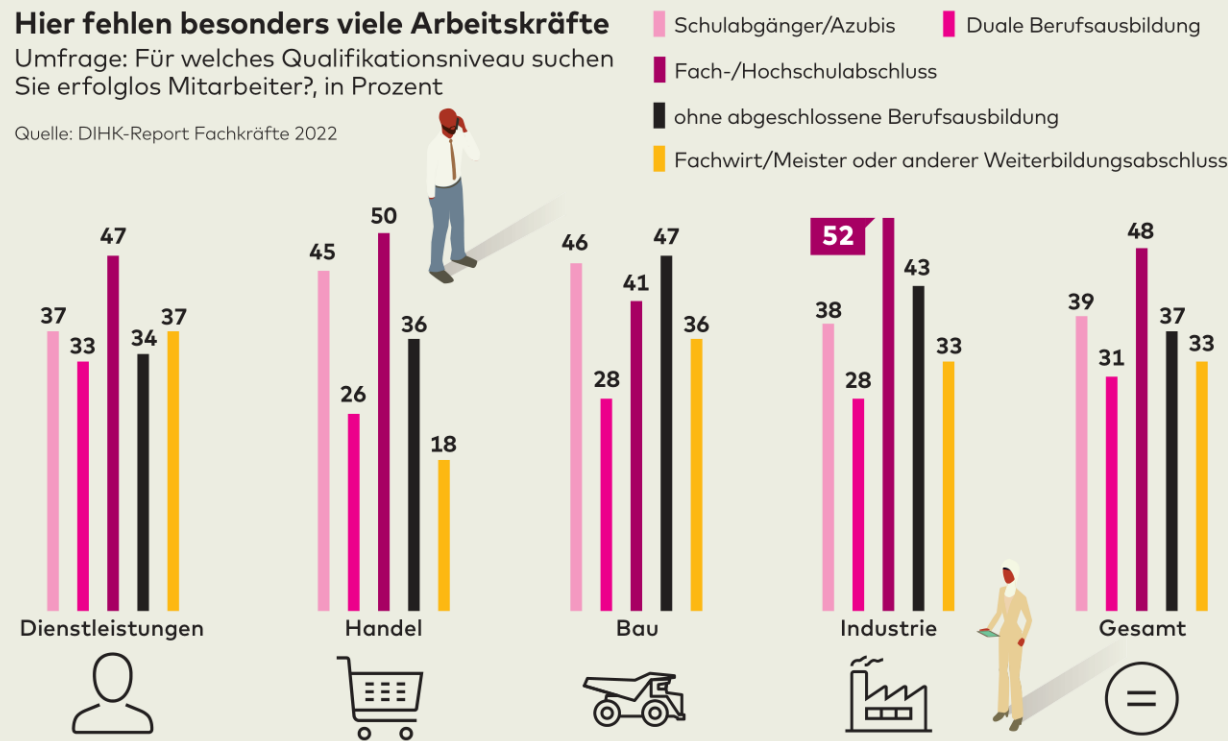
Und selbst wenn, wird es ohne Zuwanderung nicht gehen: Bleibt sie aus, verliert das Land laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)



Hier fehlen besonders viele Arbeitskräfte

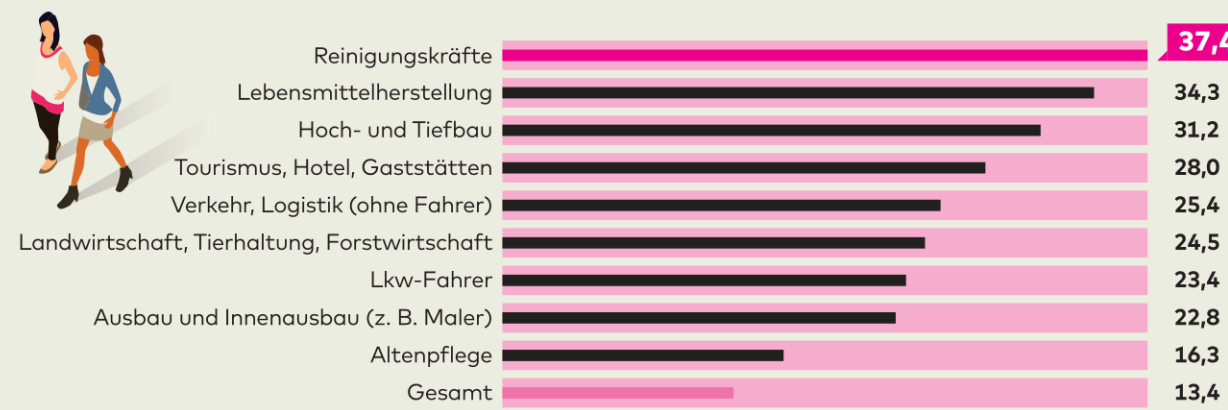
Umfrage: Für welches Qualifikationsniveau suchen Sie erfolglos Mitarbeiter?, in Prozent

Quelle: DIHK-Report Fachkräfte 2022



Diese Branchen sind stark von Zuwanderung abhängig

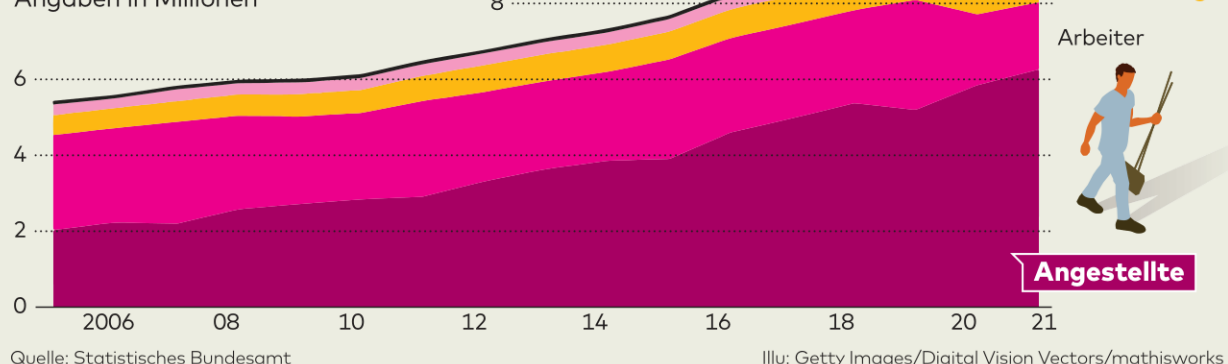
Ausländische Beschäftigte nach Berufsgruppen, nur sozialversicherungspflichtige Jobs, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wie sind Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland beschäftigt?

Angaben in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Illu: Getty Images/Digital Vision Vectors/mathisworks

LAND der verhinderten Arbeit

Die Wirtschaft steht an einem kritischen Punkt: Kommen nicht mehr ausländische Arbeitskräfte, droht der Absturz. Manche Firmen haben sich längst den Bewerbern angepasst. Doch der Staat baut Hürden auf

Bewerberfeld ist ausgedünnt, die Konkurrenz zu anderen Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen, ist groß. Geld verdient Weiß pro erfolgreiche Neueinstellung. Weil gerade im Niedriglohsektor Beschäftigte häufiger wechseln, sind Arbeitsverhältnisse von wenigen Monaten keine Seltenheit. Arbeitet die vermittelte Person auch nach einem halben Jahr noch in dem Job, kassiert Fixkraft eine zweite Prämie. Für viele Firmen sei das günstiger, als breit Personalanzeigen zu schalten, für die vierstelligen Beträge im Monat anfallen könnten, sagt Weiß, der Bewerbern einen deutschsprachigen Lebenslauf erstellt.

Im Fall des Guineers sind große Teile des Blattes weiß geblieben. Dokumentierte Arbeitserfahrung kann er, abgesehen von einem Praktikum, nicht nachweisen. Wie den meisten Asylbewerbern ist es ihm verboten zu arbeiten, bis er sich mittels konkreter Jobangebote eine behördliche Genehmigung einholt. „Zwar hat sich seit 2015 einiges verbessert, doch nach wie vor bremsen die langen Verfahren bei der Integration aus“, sagt Weiß. Der entsprechende Antrag des Guineers wurde bereits im August 2019 gestellt. Jetzt, mehr als drei Jahre später, scheint endlich der erste Schritt in Richtung Arbeitsmarkt zu gelingen.

Cateringchef Krieg kennt diese zähen Abläufe gut. Ein Ausschlusskriterium ist das aber nicht.



Der Wandel am Jobmarkt hat Unternehmer Jens Krieg (l.) und Arbeitskräfte-Vermittler Constantin Weiß (r.) zueinander geführt

CSV BERLIN; FIXKRAFT



Eine Chance zu arbeiten bekommen die meisten, die sich bei ihm vorstellen. Nach einem Probetag kann er häufig schon sagen, ob es Sinn ergibt, ein Arbeitsverhältnis mit einem Bewerber einzugehen. Wenn Krieg das erzählt, klingt er nicht etwa frustriert. Er hat sich mit der Realität auf dem Arbeitsmarkt abgefunden. Und die bedeutet heute vor allem: Mangel. Mehr als die Hälfte aller Unternehmen schafft es laut DIHK nicht mehr, offene Positionen zu besetzen.

„Man darf in diesen Zeiten nicht mehr wählerisch sein“, meint Krieg. Wichtiger als Qualifikationen auf dem Papier sei, dass Bewerber Motivation zeigten. „Dass sie von sich aus Hilfe anbieten, zuverlässig sind und pünktlich zum Schichtbeginn erscheinen.“ Den Kandidaten aus Guinea hält er für motiviert genug. Nach einer knappen Viertelstunde ist das Gespräch beendet, ein Probearbeitsvertrag ist vereinbart. Für die Arbeitserlaubnis muss Krieg einen Bogen ausfüllen, den die Ausländerbehörde verlangt – per Post oder Fax. Dann heißt es warten.

ENGLISCH STATT DEUTSCH

In der Zwischenzeit rät Krieg zu einem Deutschkurs. Voraussetzung für einen Vertrag seien Sprachkenntnisse aber nicht. Unternehmer Weiß kennt einige Betriebe, in denen ohnehin nur noch Englisch gesprochen wird. Sie hätten sich schlichtweg an die Realität auf dem Markt angepasst. „In Zeiten des Mangels können es sich Unternehmen immer weniger leisten, Bewerber nicht einzustellen, die kein oder nur schlecht Deutsch sprechen“, sagt auch Ökonom Liebig.

Axel Plünnecke ist skeptischer. „Fehlende Deutschkenntnisse ist einer der Hauptgründe, warum ein Teil der Geflüchteten nicht in Arbeit findet“, sagt der Migrationsexperte vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Auch in Zukunft werde sich daran in großen Teilen der Wirtschaft nichts ändern. „Die Sprache ist oft entscheidend.“ Einen Wandel hingegen wollte die FDP anstoßen, als sie im vergangenen Sommer vorschlug, Englisch als zweite Amtssprache zumindest in Behörden einzuführen, um für mehr Tempo zu sorgen. Doch nachdem die Idee hauptsächlich Spott geerntet hatte, verschwand sie in der Versenkung.

Überhaupt die Behörden. „Die Prozesse dauern viel zu lange, vieles ist zu kompliziert“, sagt Plünnecke. „In vielen Ausländerämtern fehlt Personal, um die Vorgaben umzusetzen.“ Zusätzlich bremsen, dass meist nur per Post kommuniziert wird. Diese Erfahrung hat auch Krieg gemacht: „Die tatsächlichen Abläufe auf dem Arbeitsmarkt passen überhaupt nicht zu der Forderung der Politik nach schneller Integration“, meint der Cateringchef. Er hat eine Idee, wie es besser klappen könnte: „Wieso dürfen nicht alle, die in Deutschland registriert sind, erst einmal arbeiten – und die Papierarbeit regelt man parallel?“

ÜBERFORDERTE BEHÖRDEN

Im bürokratischen Deutschland wird das wohl Fiktion bleiben. „Dass Migranten teilweise Jahre auf ihre Berufsanerkennung, Asylbescheide oder Visa-Papiere warten müssen, läßt geradezu zu sehr Schwarzarbeit ein“, meint Weiß. „Viele arbeiten so oder so – im Zweifel illegal.“ Diejenigen, die wiederum gar nicht arbeiten, beziehen meist Sozialleistungen – werden also zur doppelten Belastung, da sie keine Wertschöpfung erzielen und Geld kosten. Der Ausländeranteil unter den Sozialleistungsempfängern steigt denn auch seit Jahren. Laut der Bundesagentur für Arbeit hat sich dieser Anteil unter den Hartz-IV-Bezieherinnen seit 2016 von 25 Prozent auf zuletzt 45 Prozent erhöht.

Derweil stapeln sich die Aktenberge in den Behörden. „Man schafft es ja nicht einmal, Anträge zu digitalisieren. Das ganze System ist nicht up to date“, beschwert sich Krieg. Es fehle „ein direkter Draht“.

Knapp sechs Wochen nach seinem Probearbeitsvertrag bekommt der Bewerber aus Guinea Post. Es sind schlechte Nachrichten, die der deutsche Staat für den 23-Jährigen hat: Die Arbeitserlaubnis wurde verweigert. Krieg hat deshalb umgeplant. Er wird wohl zwei junge Männer aus Somalia einstellen. Bei ihnen haben die Ausländerbehörden das Okay gegeben.